

Rede im Kreistag zu TOP 1 (Einlagerung von Abfällen aus dem Rückbau von Atomkraftwerken und anderen atomaren Einrichtungen auf der Gemarkung Ludwigsburg auf Deponien des Landkreises Ludwigsburg) gehalten von Peter Schimke am 21.07.2017.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Haas, werte Damen und Herren des Kreistags, sehr geehrte Pressevertreter und Pressevertreterinnen, werte interessierte Zuhörer und Zuhörerinnen,

wir die Kreisrätinnen und Kreisräte entscheiden nicht darüber, ob der sogenannte Freimessmüll, der bei genauer Beschreibung von Strahlung freigerechneter Müll heißen müsste, gesundheitliche Risiken mit sich bringt oder nicht. Hier sind sich die Wissenschaftler einschließlich dem AVL-Gutachter Herrn Küppers einig, dass ein Restrisiko besteht.

Wir müssen entscheiden, ob wir als Kreisräte persönlich dieses Risiko der Deponieanwohnerinnen und -anwohner verantworten können.

Wir entscheiden aus unserer Sicht nicht über die Pflicht, die sich aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ergibt, Freimessmüll im Kreis Ludwigsburg abzulagern.

Wir entscheiden hingegen u.a. darüber, ob die Alternativen zum Einbau auf den kreiseigenen Deponien für uns als entscheidende Kreisräte persönlich überzeugend geprüft wurden.

Die Aussage: Das Verfahren sei alternativlos, dürfen wir nicht akzeptieren!

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. fordert, dass das gesamte radioaktiv kontaminierte Material in Neckarwestheim verbleibt, bis das Thema Zwischen- und Endlager auf höherer Ebene in unserem Sinn entschieden ist. Das Material muss unter der Obhut der Atomaufsicht verbleiben!

Durch eine Ablehnung der Annahme solchen Materials auf unseren Deponien setzen wir ein Zeichen dafür, dass diese höheren Ebenen merken, dass die Bevölkerung diesen Müll nicht auf einer normalen Deponie haben will.

Nutzen wir diese Chance um Druck für Alternativen aufzubauen!

Wie ist es möglich, dass Material aus Philippsburg nach Neckarwestheim verschifft werden kann, dass auslaufende Genehmigungen für Zwischenlager einfach missachtet oder verlängert werden?

Warum muss in Neckarwestheim ein Bearbeitungszentrum gebaut werden, das radioaktives Material solange bearbeitet, bis die berüchtigten 10 uS für die Freiemesskriterien erreicht werden?

Warum kann man das Material nicht konzentriert auf dem Kraftwerksgelände zwischenlagern, bis ein landes- und/oder bundesweit ganzheitliches Konzept für Müll aus Atomanlagen für betroffene Landkreise besteht?

Warum wird hier mit vorauseilendem Gehorsam eine Entscheidung im Sinne einer Verteilung der sogenannten Freigemessenen Stoffe auf unsere Deponien durch Sie, Herr Landrat Dr. Haas, favorisiert?

Warum suchen Sie, Herr Landrat, nicht den Schulterchluss mit ihrem Amtskollegen Herrn Dr. Brötel aus dem Neckar-Odenwald-Kreis, der eine Annahme von sogenanntem Freigemessenem Müll aus Atomanlagen strikt ablehnt?

Warum versuchen Sie, Herr Landrat, wie auch der Umweltminister Herr Untersteller durch „Fachgesprächen“ mit den Fraktionsvorsitzenden des Ludwigsburger Kreistages im Vorfeld der heutigen Sitzung Einfluss auf gestellte Anträge zu diesem Thema zu nehmen?

Erstmals soll nun deutschlandweit mit aller Macht des Umweltministers hier eine Freigabe gegen die Anwohnerinnen und Anwohner der Bauschuttdeponien in Schwieberdingen und Vaihingen-Horrheim durchgesetzt werden.

Hierzu ist ein **politisches Signal** aus dem Kreistag gefordert: Ist das Freigabekonzept das richtige Instrumentarium, um den Rückbau der Kernkraftwerke mit gesellschaftlichem Konsens und Generationengerechtigkeit durchzuführen?

Wäre die Bundesgesetzgebung bezüglich des Strahlenschutzes von 2001 noch gültig, müssten wir heute am 21. Juli nicht über das Thema beraten und abstimmen.

Die Rot-Grüne Bundesregierung hat 2002 die gesetzliche Regelung dafür geschaffen, dass das sogenannte Freigemessene Material mit gleich/kleiner 10uS aus der Obhut der Atomaufsicht entlassen wird. Ein Geschenk an die Atomindustrie! So wird das anfallende, radioaktiv kontaminierte Abbruchmaterial auf ca. 2% seines ursprünglichen Volumens reduziert. Die restlichen 98% werden Freigemessen.

Für die Atomindustrie eine gigantische Kosteneinsparung auf Kosten der Allgemeinheit und deren Gesundheit! So sehen wir es als Fraktion DIE LINKE. und so sieht es ebenfalls die Ärztekammer und warnt vor einer Verteilung von schwach strahlendem Material über unser Land.

Das Beste wäre, um das Anwachsen von weiterem Atom Müll zu verhindern, dass man die sich noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke sofort vom Netz nimmt und diese für immer abschaltet!

Mit unserer Entscheidung heute, werte Damen und Herren aller Kreistagsfraktionen, könnten wir mit einer Ablehnung ein politisches Signal in die Republik aussenden, das deutschlandweit Aufmerksamkeit erregen wird! Und wir können es ablehnen. Es wäre geradezu grotesk, wenn wir nicht die Möglichkeit nutzten, diese Annahme des Freiemessmülls politisch zu verweigern.

Wir sind doch keine grüß Gott Onkels, die alles abnicken und durchwinken was uns von höheren Stellen vorgesetzt wird.

Wir sind unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet und wir sind nicht die Eingreiftruppe der Atomlobby, um für diese die Kohlen aus dem atomaren Feuer zu holen.

Werte Damen und Herren des Kreistages, bitte nehmen Sie die Bedenken der Deponieanwohnerinnen und Anwohner in Schwieberdingen und Vaihingen-Horrheim ernst

und lehnen mit uns die Entsorgung von sogenanntem Freigemessenen Müll von Atomanlagen auf den Deponien des Landkreises ab!
Deshalb stimmen Sie unserem Antrag bitte zu.
Ihre Urenkel werden es Ihnen danken!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.